

ebene durch die Erweiterung ihrer sozialen und personalen Kompetenzen *konfliktfähiger* und *veränderungsbereiter* werden, wächst in den oberen Hierarchieebenen die Angst sowohl vor den Veränderungen als auch vor den Mitarbeitern, die sie zunehmend selbstbewußter einfordern.

Daß die Herausforderungen der Zukunft so zögernd angepackt werden, hängt vermutlich auch mit einer allgemein wahrnehmbaren Konstitutionsschwäche der Kirche zusammen. Allenthalben herrscht eine *defizitorientierte Sicht* vor. Die von Vertretern der Kirche vorgenommenen Zeitdiagnosen sind oft geprägt von Verfalls- und Verlustrhetorik. Viele Mitglieder der Kirche behaupten, es könne sich nur dann etwas ändern, wenn es zu grundlegenden Reformen käme, die aber derzeit nicht in Sicht seien. Progressive und Konservative blockieren sich mit Schuldvorwürfen und Anklagen gegenseitig. Würde die Kirche stärker ressourcenorientiert auf ihre Kräfte und Potentiale achten, könnte ein Ruck durch die von Pessimismus gekennzeichneten Diskussionen zur Zukunftsfähigkeit der Kirche gehen. Man würde den Blick auf die Chancen lenken und Phantasie und Kreativität zur Lösung der tatsächlich ja vorhandenen Probleme freisetzen.

Ein solcher Perspektivenwechsel würde dazu führen, als wichtigste Ressource der Kirche die große Zahl haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen neu zu entdecken. Wie alle entsprechenden Untersuchungen bestätigen, sind diese Mitarbeiter in der Regel hoch motiviert und identifizieren sich nach wie vor mit ihrer Kirche und ihrem Auftrag. Sie richten hohe Ansprüche an sich und ihre Kirche, weil sie sich tatsächlich in den Dienst einer gerechteren und menschlicheren Welt stellen möchten. Sie sind gut ausgebildet und haben durch viele und intensiv reflektierte Erfahrungen hohe Kompetenzen erworben.

Sie sehnen schließlich nichts anderes herbei, als eine neue Aufbruchstimmung, ähnlich der, die viele von ihnen vor 25 oder 35 Jahren – zu Zeiten des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Würzburger Synode – dazu motiviert hat, einen kirchlichen Beruf zu ergreifen. Ein solcher Perspektivenwechsel in Richtung der Entdeckung der personalen Ressourcen würde auch entscheidend zu einem besseren Umgang mit Konflikten und zu einer gesteigerten Ambiguitätstoleranz beitragen, die für das noch zu bewältigende Projekt einer Inkulturation des christlichen Glaubens in die Welt der späten Moderne unerlässlich ist.

Gerhard Kruip

## Neuanfang mit Erblasten

### Staat und Kirche in der Slowakei nach dem Regierungswechsel

*In der Slowakei muß die Regierung Dzurinda, seit Herbst 1998 im Amt, den Griff des früheren Ministerpräsidenten Mečiar nach dem Präsidentenamt abwehren und vor allem bald wirtschaftliche Erfolge vorweisen. Die katholische Kirche des Landes ist in ein reformorientiertes und ein nationalkonservatives Lager gespalten.*

Kurienkardinal *Jozef Tomko* hatte Glück mit seinem Geburtsdatum, dem 11. März 1924: Es ermöglichte ihm, einen Skandal in der katholischen Kirche der Slowakei zu verhindern.

Tomko, der aus der Slowakei stammt, ließ seinen 75. Geburtstag am 14. und 15. März dieses Jahres in seinem Heimatland feiern, und er lud dazu die Bischöfe und die staatlichen Autoritäten ein. Der vatikanische Purpurträger machte damit dem Erzbischof von Tyrnau-Preßburg (Trnava-Bratislava), *Ján Sokol*, und ein paar weiteren Bischöfen einen Strich durch die Rechnung. Sie hatten für den 14. März im westslowakischen Marienwallfahrtsort Šáštin eine Gedenkmesse geplant. Anlaß des Jubiläums war die Ausrufung des ersten „selbständigen“ slowakischen Staates vor 60 Jahren, am 14. März 1939.

Nicht nur, daß dieser Staat mit Hilfe Hitlers entstanden und völlig von NS-Deutschland abhängig war, er wurde bis zu

seinem Ende 1945 zudem von einem katholischen Priester geführt, Prälat *Jozef Tiso*. Bis heute ist die Figur Tisos auch unter den Katholiken umstritten, vor allem seine Rolle bei der Deportation von 90 000 Juden in die NS-Konzentrationslager, die mindestens 70 000 von ihnen nicht überlebten. Die geplante kirchliche 60-Jahr-Feier in Šáštin hätte im In- wie im Ausland sicher für Debatten gesorgt. Tomko ließ offensichtlich diplomatisches Geschick walten, um das abzuwenden. Die Feier wurde abgesagt.

Die neue Regierung in Preßburg unter dem Christdemokraten *Mikuláš Dzurinda* distanzierte sich ihrerseits in einer Erklärung vom diesem ersten slowakischen Staat. „Die slowakische Republik ist kein ideologischer oder rechtsstaatlicher Nachfolger des slowakischen Staates von 1939 bis 1945.“ Die-

ser Staat sei ein Teil der Nazi-Pläne zur totalen Beherrschung Europas gewesen, ließ die Regierung in einer Erklärung verlauten. Die Mehrheit des Volkes wisse, daß das damalige Regime Taten gesetzt habe, die unmoralisch und politisch schädlich waren. Die Regierung werde „mit aller Kraft gegen jegliche Anzeichen von Nationalismus, Rassendiskriminierung, Fremdenhaß und Neofaschismus vorgehen“.

## Die Chance, eine „andere“ Slowakei zu schaffen

Demokratisch, weltoffen, reformorientiert – das ist das Bild, das die jetzige slowakische Regierung von sich und ihrem Land vermitteln will. Die vier Parteien, die in dem Kabinett koalieren, waren im Vorjahr angetreten, das Land aus den Fesseln des umstrittenen Premiers *Vladimír Mečiar* zu befreien. Mečiar's Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) blieb bei dem Urnengang Ende September mit 27 Prozent der Stimmen zwar um Haaresbreite stärkste politische Kraft, verlor aber 18 ihrer Mandate im Nationalrat; sie hält nun 43 Sitze.

Knapp hinter der HZDS landete mit 26,3 Prozent und 42 Mandaten die Slowakische Demokratische Koalition (SDK) unter *Mikuláš Dzurinda*. Dahinter folgte mit 14,7 Prozent (23 Abgeordnete) die Demokratische Linke (SDL), mit 9,1 Prozent (15 Abgeordnete) die Partei der Ungarischen Minderheit (SMK) und mit 8,1 Prozent (13 Abgeordnete) die Partei der Bürgerlichen Eintracht (SOP). Die ultranationalistische Slowakische Nationalpartei (SNS), die in der Regierung Mečiar koalierte, kam auf 9,1 Prozent und stellt nun 14 Abgeordnete.

Die SDK und die SMK, beide christlich orientiert, die postkommunistische SDL und die Mitte-links ausgerichtete SOP haben vom Volk die Chance erhalten, eine „andere“ Slowakei zu schaffen: einen stabilen demokratischen Rechtsstaat mit funktionierender Gewaltenteilung und unabhängiger Justiz; eine Gesellschaft, die die Rechte ihrer Minderheiten – allen voran der Ungarn und der Roma – respektiert; ein Land, dessen Reichtümer nicht ein Klüngel von Politikern und Wirtschaftsmagnaten schamlos unter sich aufteilt, und das sich aus den Fangarmen der organisierten Kriminalität befreit. Die neue Regierung hatte keinen leichten Start. Sie war zunächst vorwiegend damit beschäftigt, den tatsächlichen Zustand des Landes zu erfassen, und ließ in allen Ressorts „Schwarzbücher“ anlegen. Dabei wurde deutlich, daß das Ausmaß der Rechtsbeugung, der Korruption und der Täuschung der Öffentlichkeit die bisherigen Vermutungen bei weitem übertraf.

Bereits bei ihrer ersten Sitzung bestellte das Kabinett *Dzurinda* einen neuen Chef für den Geheimdienst SIS. *Vladimír Mitra* löste *Ivan Lexa*, einen engen Vertrauten Mečiar's, ab. Mitra legte im Februar dem Parlament einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der SIS unter der Mečiar-Regie-

rung vor. Darin wird dem Geheimdienst vorgeworfen, in Straftaten wie Verschleppung, Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen, Veruntreuung und Amtsmissbrauch verwickelt zu sein. Mečiar ließ durch die SIS nicht nur die Opposition, sondern auch seine Koalitionspartner, unliebsame Journalisten, regierungsunabhängige Organisationen und Kirchenleute überwachen. Für Aufsehen sorgte auch die Entführung des Sohnes des damaligen Staatspräsidenten *Michal Kováč* nach Österreich, an dem ebenfalls die SIS beteiligt gewesen sein soll.

In der katholischen Kirche war vor allem der Vorsitzende der Slowakischen Bischofskonferenz, Bischof *Rudolf Baláž* von Banská Bystrica (Neusohl), Ziel der Agitationen des Geheimdienstes. Baláž hatte immer wieder offen die Politik Mečiar's und seines Kabinetts kritisiert. 1995 verkaufte die Diözese Banská Bystrica mehrere Kunstobjekte, um den Ausbau des Priesterseminars zu finanzieren. Die Polizei behauptete damals, sie habe bei einer Verkehrskontrolle ein wertvolles Gemälde beschlagnahmt, das außer Landes hätte geschmuggelt werden sollen. Als Verkäufer des Bildes habe sich die Diözese herausgestellt.

Die Behörden warfen dem Bischof Kunstschmuggel und Verschleuderung wertvollen nationalen Kulturgutes vor und durchsuchten das bischöfliche Haus. Baláž protestierte gegen die Vorgangsweise und vermutete politische Hintergründe der Aktion, da das Bild nicht auf der Liste geschützter Kunstobjekte stand. Der neue Geheimdienst-Bericht bestätigte nun den Verdacht des Bischofs: Die SIS habe durch einen vorgeschobenen Käufer den Preis des Gemäldes künstlich auf umgerechnet fast 300 000 Mark hochgetrieben, um den Bischof vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren, daß er Kunstgegenstände „von unschätzbarem Wert“ verkaufe. Bischof Baláž verlangt nun eine offizielle Bereinigung der Affäre durch den Staat, da die damalige Verleumdung noch heute nachwirke.

Die HZDS tat sich bisher schwer mit ihrer Oppositionsrolle. Die deutliche Wahlniederlage hat sie einigermaßen unvorbereitet getroffen, der Verlust der Allmacht macht ihr zu schaffen. Sie klagt wortreich über einen „Verfall der slowakischen Demokratie und Gesellschaft“, obwohl ihr die regierenden Parteien den Vorsitz in mehreren Parlamentsausschüssen – auch Kontrollausschüssen – überließ und die HZDS auch einen der Parlamentspräsidenten stellt. Die Mečiar-Partei hatte unter ihrer Herrschaft gegenteilig agiert und alle Mittel aufgeboden, die Opposition auszuschalten.

In den Meinungsumfragen kam die HZDS zuletzt nicht einmal mehr auf 15 Prozent und droht nun auch noch von der Linkspartei SDL und dem ehemaligen Koalitionspartner SNS überholt zu werden. In diesem Zustand ist Mečiar's Partei nicht in der Lage, aus den Schwächen der neuen Regierung, die noch keine wirtschaftlichen Erfolge vorweisen kann, Kapital zu schlagen. Zudem bricht der HZDS ihre Machtbasis in der Verwaltung weg: Wichtige Ämter, die über Jahre HZDS-

Anhänger bekleideten, wurden innerhalb von Monaten neu besetzt. Am radikalsten verfuhr der neue Kulturminister *Milan Kňažko*, der sich den Beinamen „Hurrikan Milan“ erwarb, weil er auf einen Streich alle Direktoren von Theatern, Museen und anderen Kultureinrichtungen entließ.

Auch Mečiar's jahrelange Strategie, durch Verkauf von Betrieben an Parteifreunde eine dankbare inländische Unternehmerschicht zu schaffen, ist zusammengebrochen. Die „Ostslowakischen Eisenwerke“, der größte Arbeitgeber des Landes, der den Wahlkampf der HZDS mitfinanzierte, kämpfen ums wirtschaftliche Überleben. Das staatliche Fernsehen als ihr wichtigstes Propaganda-Instrument verlor die HZDS mit der Parlamentswahl, und der von einem HZDS-Funktionär kontrollierte private Fernsehsender VTV mußte erst kürzlich verkauft werden. Selbst der linientreuen Tageszeitung „Slovenská Republika“ wird ein baldiger Bankrott prophezeit, weil sie nicht mehr mit staatlichen Belohnungen durchgefüttert wird.

Am wehleidigsten reagierte Mečiar selbst auf die Wahlniederlage, er war immer ein schlechter Verlierer. Der selbstherrliche, diktatorische Populist, der selbst in den Reihen der eigenen Minister gefürchtet war, konnte es nicht verwinden, daß ihm das Volk den Laufpaß gegeben hatte. Er schimpfte das Volk undankbar und malte die Zukunft des Landes in den schwärzesten Farben. Mečiar blieb formell Vorsitzender der HZDS, zog sich aber beleidigt für mehrere Monate fast gänzlich aus der Öffentlichkeit zurück.

Mitte April legte Mečiar das Kleid der beleidigten Mimose wieder ab; der ehemalige Amateur-Boxer fand seine Kämpferpose wieder und stieg erneut in den politischen Ring: als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten.

Die Möglichkeit dazu bot ihm die neue Regierung selbst. Sie erfüllte bereits im Jänner eines ihrer zentralen Wahlversprechen, die Einführung der Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk. Im März 1998 war die Amtszeit von Präsident *Kováč* abgelaufen. Er hatte sich in Laufe seiner Amtszeit zum härtesten Gegenspieler Mečiar's entwickelt, weil er sich dessen absolutistischen Ambitionen entgegenstellte. Der neue Präsident hätte nach der damaligen Verfassung vom Parlament gewählt werden sollen. Mečiar sorgte dafür, daß sich das Parlament bis zum September auf keinen Kandidaten mit der notwendigen Drei-Fünftel-Mehrheit einigen konnte. Das Präsidentenamt ist bis heute verwaist.

Die neue Vierer-Koalition hätte mit ihren 93 der 150 Sitze die nötige Mehrheit im Parlament, um einen Staatspräsidenten zu wählen – und Mečiar hätte dabei natürlich keinerlei Chance. Sie wollte aber ihr Wahlversprechen halten und zudem vermeiden, daß es in Zukunft bei der Bestellung des Staatsoberhauptes zu Pattsituationen wie im vergangenen Jahr kommt. Gleichzeitig schränkte das Parlament aber die Kompetenzen des vom Volk gewählten Präsidenten bei der Regierungsbildung und beim Erteilen von Amnestien ein.

Gewählt wird am 15. Mai. Erreicht keiner der Kandidaten mehr als die Hälfte der Stimmen, kommt es zwei Wochen später zu einer Stichwahl zwischen den zwei erfolgreichsten Bewerbern. Die Mitte-Links-Regierung hatte sich schon in ihrem Koalitionsabkommen darauf geeinigt, den Bürgermeister der ostslowakischen Stadt Košice (Kaschau), *Rudolf Schuster*, als Kandidaten der Koalition ins Rennen zu schicken. Schuster ist auch Vorsitzender der mitregierenden SOP; er erreichte in den bisherigen Umfragen die besten Werte.

Ebenso kandidieren der frühere Präsident *Kováč* und die letzte Botschafterin der Tschechoslowakei in Österreich und ehemalige Schauspielerin *Magda Vášaryová*; auch ihr werden gute Chancen eingeräumt. Von den übrigen Bewerbern sind lediglich der SNS-Chef und Bürgermeister von Sillein (*Žilina*), *Ján Šlota*, der langjährige slowakische Botschafter in Tschechien, *Ivan Mjartan*, und der Rektor der Preßburger Comenius-Universität, *Juraj Švec*, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Es wird erwartet, daß keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die für den Sieg notwendige absolute Mehrheit erhält.

Mečiar hatte das Drängen seiner Partei, für das höchste Amt im Staat anzutreten, zunächst mehrfach abgelehnt. Schließlich gab er in letzter Minute seine Kandidatur bekannt. Sein Antritt bei den Präsidentschaftswahlen ist die erste ernste Bewährungsprobe für die Regierung Dzurinda. Ein Sieg Mečiar's wäre eine Katastrophe für die Slowakei vor allem auf internationaler Ebene. Derzeit glaubt kaum jemand an einen Erfolg Mečiar's; in der Stichwahl dürfte er kaum die nötige Mehrheit finden. Dennoch schließen Pessimisten Überraschungen nicht ganz aus: Mečiar hat dreimal bei Wahlen aus der Position des ausgegrenzten Oppositionspolitikers das Amt des Regierungschefs erobert.

## Die Christdemokraten vor der national-katholischen Versuchung

Die künftige Stabilität des Regierungsbündnisses entscheidet sich nicht nur am Abschneiden Mečiar's, sondern auch am Verhalten von Justizminister *Ján Čarnogurský*. Die SDK, die größte Partei in der Regierungskoalition, ist selbst ein Bündnis aus fünf Parteien: den Christdemokraten (KHD), der Demokratischen Union (DU), der rechtskonservativen Demokratischen Partei (DS), den Sozialdemokraten (SSSD) und den Grünen (SZ). Die Regierung Mečiar hatte ein Wahlgesetz durchgesetzt, das keine Wahlbündnisse, sondern nur Parteien zu den Parlamentswahlen zuließ; Ziel war eine weitere Zersplitterung der Opposition gewesen. Die SDK umging diese Schikane, indem sie sich als Partei registrieren ließ. De facto blieb sie ein Wahlbündnis.

Nach den gewonnenen Wahlen brach der Streit innerhalb der SDK rasch wieder auf, ob das Bündnis aus sehr unterschiedlichen Gruppierungen noch stärker zu einer Partei zusammen-

geführt oder wieder in ihre Einzelparteien aufgesplittert werden soll. Treibende Kraft hinter der Idee der Aufspaltung ist der Vorsitzende der Christdemokraten, Čarnogurský. Er hatte vor einem Jahr nur mit Bauchweh dem Eintritt der KHD in die SDK zugestimmt (ohne die KHD, die größte Gruppe im Bündnis, hätte die SDK aber Mečiar nicht Paroli bieten können). Zudem wurde nicht Čarnogurský, sondern der stellvertretende KHD-Vorsitzende Dzurinda zum Spitzenkandidaten der SDK.

Der Rechtsanwalt Čarnogurský war unter der kommunistischen Diktatur einer der führenden Dissidenten in der Slowakei. Wegen seiner katholischen Überzeugung saß er im Gefängnis. Nach der Wende führte er für zwei Jahre die Regierung der Slowakei, damals noch Teil der ČSFR. Bei den Wahlen 1992 konnte er aber nicht reüssieren. Als Mann, der seine katholischen Grundsätze nicht zugunsten politischer Pragmatik aufgeben wollte, war er unter anderem für die Einführung eines gesetzlichen Verbotes der Abtreibung eingetreten. Čarnogurský fand dafür die Zustimmung der Bischöfe, aber nicht der breiten Wählerschaft.

Dzurinda ist von anderem Holz. Er gilt als Pragmatiker und war schon lange der populärste KHD-Politiker. Im März 1998, bei der größten Protestkundgebung gegen die Politik Mečiar in Preßburg, riß der Fachmann für Verkehrswesen das Ruder an sich. Er wurde spontan per Akklamation zum Spitzenkandidaten der SDK gewählt und setzte damit dem Führungsstreit in dem Wahlbündnis ein Ende. Der schwächliche Hobbysportler fuhr während des Wahlkampfes auf dem Fahrrad durch das Land und warb um Sympathie. Mit 43 Jahren erreichte er das bis dorthin kaum Vorstellbare: den Sturz des Landesvaters Mečiar durch das Volk.

Dzurinda muß aber nicht nur die Regierungskoalition und die SDK zusammenhalten, sondern auch noch seine eigene Partei, die Christdemokraten. Junge Christdemokraten gründeten eine Plattform „Volkspartei“. Sie wollen damit in die Fußstapfen der national-katholischen Volkspartei treten, die der Geistliche *Andrej Hlinka* 1905 gegründet hatte. Diese Partei trug die politische Verantwortung im slowakischen Staat „von Hitlers Gnaden“ von 1939 bis 1945. Ihr gehörte auch Prälat Tiso an.

Teile der KHD wollen damit offenbar im Lager der extrem rechten, nationalistischen und antisemitischen SNS auf Wählerfang gehen; die SNS hatte nach der Schwächung der HZDS in Umfragen deutlich zugelegt. Bemerkenswert waren in dem Zusammenhang auch die Aussage von Justizminister Čarnogurský im slowakischen Wochenmagazin „Moment“, daß ein Prozeß gegen Mečiar nicht denkbar sei. Dies gelte sogar, wenn sich herausstellen sollte, daß der Ex-Premier Drahtzieher der Entführung von Michal Kováč jun. gewesen sein sollte. Immerhin sei Mečiar „einer der Architekten der unabhängigen Slowakei“, stellte der Justizminister nationale Interessen offenbar über Strafverfolgung.

Ein Sprachrohr der national-katholischen Kreise ist die im Vorjahr – im Vorfeld der Parlamentswahlen – gegründete Zeitschrift „Kultúra“, die sich im Untertitel als „von der Ethik abhängiges Wochenblatt“ deklariert. Sie bekennt sich zur Tradition Hlinkas und Tisos und wirft den Christdemokraten unter Čarnogurský vor, nach der Wende von 1989 die nationale Thematik der SNS und der HZDS überlassen zu haben. Die KHD habe statt auf die Unabhängigkeit von Prag auf die Annäherung an Brüssel gesetzt. Hätten sich die Christdemokraten damals zu Vorkämpfern der slowakischen Souveränität gemacht, hätten sie gute Chancen gehabt, wie in der Zwischenkriegszeit im Staat die Führungsrolle zu übernehmen.

Dieser Führungsanspruch sei nun langfristig verspielt. Um dennoch gegenzusteuern, gilt es nach Ansicht der Zeitschrift, die Reihen dicht zu schließen und die Selbständigkeit der Christdemokraten gegenüber anderen Parteien nachdrücklich zu behaupten. „Kultúra“ wendet sich daher auch entschieden gegen das Aufgehen der KHD in der Slowakischen Demokratischen Koalition. Die Zeitschrift gibt auch jenen katholischen slowakischen Kreisen Raum, die der ungarischen Minderheit im Land sehr kritisch gegenüberstehen. In der Slowakei wie im Ausland fehlt es nicht an Stimmen, die die Christdemokraten vor einer Anknüpfung an die integralistische Linie der Zwischenkriegszeit warnen. Sie riskierten damit nicht nur ihre eigene Reputation, sondern gefährdeten auch den Reformkurs, mit dem die neue Regierung die Isolation der Slowakei auf internationaler Ebene, wie sie unter Mečiar herrschte, bereits durchbrochen hat.

### Das Verhältnis der Kirche zur Regierung hat sich deutlich entspannt

Zu denen, die den Christdemokraten von diesem Kurs abraten, zählt auch der Vorsitzende der Slowakischen Bischofskonferenz, Bischof Baláz. Offensichtlich in Reaktion auf das Nein Čarnogurskýs zur Regierungserklärung meinte er, Fragen wie die Finanzierung kirchlicher Schulen, Verträge mit dem Vatikan oder die Errichtung einer katholischen Universität seien zwar wichtig, sie sollten aber nicht überbewertet und als „oberste Prioritäten der Kirche“ hingestellt werden. Sie dürften die „Einheit“ im Streben nach Freiheit und Demokratie nicht gefährden.

Baláz's schärfster Gegenspieler in politischen Fragen im Episkopat ist Kardinal *Ján Korec*, Bischof von Nitra. Korec, der heuer 75 wurde, teilt mit Čarnogurský das Dissidentenschicksal. Er wurde 1950 geheim zum Priester und ein Jahr später zum Bischof geweiht, im Alter von 27 Jahren. Er wuchs zu einer der führenden Gestalten der Geheimkirche in der Slowakei und litt bis zur Wende 1989 unter Verfolgung. 1990 bestellte ihn der Papst für seine Verdienste zum Bischof von Nitra, 1991 verlieh er ihm die Kardinalswürde.

Korec zeigte nach der Wende zunehmend eine Präferenz für das nationale katholische Lager. Er konnte auch der Politik Mečiar einiges abgewinnen und zählte beispielsweise nicht zu jenen Bischöfen, die im April 1998 in einer öffentlichen Erklärung scharfe Kritik an den politischen Zuständen übten, in die die HZDS das Land geführt hatte. In der erwähnten Zeitschrift „Kultura“ fand Korec ein Medium, das seine politische Linie und seine Bedenken gegen zu viel westlichen Einfluß im Land befördert. Einen Mitstreiter hat Korec in Erzbischof Sokol von Tynau-Preßburg.

Der Vatikan versuchte in den Jahren, den allzu nationalen und Mečiar-freundlichen Tönen eines Teiles des slowakischen Klerus zumindest die Spitze zu nehmen. Den prononciertesten Mečiar-Befürworter im slowakischen Episkopat, Bischof *Domínik Hrušovský*, schickte Rom 1996 als Nuntius nach Weißrußland. Kardinal Tomko besuchte mehrfach seine Heimat und bemühte sich dabei, die gemäßigten Kräfte in der Kirche zu unterstützen. So gelang es Mečiar nur bedingt, den Episkopat zu spalten und seine Gegner aus den kirchlichen Reihen auszuschalten. Er hatte zuletzt noch versucht, die lange erfolglos verhandelten Verträge mit dem Vatikan rasch unter Dach und Fach zu bringen, um sich die Stimmen möglichst vieler Katholiken zu sichern. Die Kirchenführung tat ihm den Gefallen nicht und sah vor dem Wahltermin im September keinen Grund zur Eile. Die Abwahl Mečiar und die bisher sehr positiven Auswirkungen des politischen Wechsels gaben Bischof Baláz und mit ihm der Mehrheit in der Bischofskonferenz recht. Das Verhältnis zwischen Kirche und Regierung entspannte sich deutlich, auch wenn zwischen den Parteien der Koalition durchaus deutliche Meinungsunterschiede in dieser Frage bestehen. Anfang April empfing Johannes Paul II. Dzurinda in Audienz, die gegenseitigen Verträge – sie umfassen die Bereiche Schulwesen, Kultur, Besitzrückgabe und Kirchenfinanzierung – sollen möglichst rasch unter Dach und Fach gebracht werden. Parallel dazu soll auch das Verhältnis des slowakischen Staates zu seinen anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften geregelt werden.

Abseits der Politik konnten sich die christlichen Kirchen in der Slowakei von manchen Wunden erholen, die die kommunistischen Fesseln hinterließen. Eine soziologische Untersuchung der Slowakischen Akademie der Wissenschaften ergab, daß sich heute deutlich mehr Slowaken zu ihrer Konfession bekennen als bei der letzten Volkszählung 1991. Bei der jetzigen Umfrage bekannten sich 68,7 Prozent der knapp 5,3 Millionen Bürger der Slowakei zur katholischen Kirche (plus 5,3 Prozent), 12,7 Prozent zur lutherischen Kirche (plus 6,2 Prozent) und 2,2 Prozent zu anderen protestantischen Kirchen. Die orthodoxe Kirche zählt knapp ein Prozent. Auch die Zahl jener, die „ohne Bekenntnis“ angaben, stieg von 9,7 auf 16,3 Prozent, während die Antworten ohne Angaben von 17 Prozent auf de facto Null fielen.

# Schlüssel zum Erfolg



Erhältlich in jeder Buchhandlung oder beim Freiburger Buchversand, Habsburgerstr. 116, 79104 Freiburg, Tel. 0761/2717-328 - Fax 0761/2717-360.

Michael Kastner  
**Syn-Egoismus**  
Nachhaltiger Erfolg durch  
soziale Kompetenz  
320 Seiten, gebunden  
ISBN 3-451-26919-8  
DM 39,80 /öS 291,- /SFr 38.-

Unsere Welt wird immer komplexer, der Zeitdruck immer größer. Wir sind auf andere Menschen angewiesen, es heißt, die unterschiedlichen Interessen, Blickweisen und Fähigkeiten zu bündeln und für das gemeinsame Ziel einzusetzen: Syn-Egoismus. Erfolgreich überleben wird, wer Situationen als ganze richtig einschätzt, die richtigen Schlüsse aus den Interessen der anderen zieht, Folgen verantwortlich abschätzt und vorausschauend reagiert. Das Buch zu einem Thema der Zukunft.

**HERDER / SPEKTRUM**

Die katholische Kirche konnte in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Priester weihen, 1998 waren es 115, davon 26 griechisch-katholische. Insgesamt zählt sie rund 1800 Geistliche – im Gegensatz zum niedrigsten Stand von 1988 mit 1150. Die Zahl der Theologiestudenten beträgt mehr als 3700.

Der evangelisch-lutherischen Kirche, geleitet von Generalbischof *Július Filo*, gehören überwiegend slowakische Gemeindeglieder an, während sich die reformierte Kirche weitgehend aus der ungarischsprachigen Minderheit zusammensetzt. Die katholische und die lutherische Kirche vereinbarten im Vorjahr, gemeinsam historische Belastungen in ihren Beziehungen aufzuarbeiten. Die Arbeit der Historiker soll den Zeitraum von der Reformation bis herauf zum Tiso-Regime während des Zweiten Weltkriegs und der kommunistischen Diktatur umfassen. Versöhnung ist auch mit der orthodoxen Kirche in die Wege geleitet worden. Die griechisch-katholische Kirche in Böhmen, Mähren und der Slowakei war 1951 unter dem Druck Stalins in die orthodoxe Kirche zwangseingegliedert worden. Der damalige unierte Bischof *Pavol Gojdič* weigerte sich, der orthodoxen Kirche beizutreten und starb am 17. Juli 1960 im Gefängnis; er soll seliggesprochen werden. Während des Pra-

ger Frühlings 1968 wurde die griechisch-katholische Kirche in der ČSSR offiziell wiederzugelassen. 1991 erhielt sie auch vom Staat beschlagnahmte Gotteshäuser zurück. 1997 schuf der Papst in Košice ein neues griechisch-katholisches Exarchat. Es ist für die Seelsorge in der östlichen Slowakei außerhalb des traditionellen Verbreitungsgebietes der Unierten – der Eparchie von Prešov – zuständig.

Die Rückgabe von Gotteshäusern an die Unierten 1991 hatte zu erheblichen Spannungen mit den Orthodoxen geführt, die die Kirchen seit 1951 benutzt hatten. Inzwischen errichtete die orthodoxe Kirche als Ersatz mehr als 40 neue Kirchen – wobei es in einigen Fällen zu Auseinandersetzungen mit nationalistisch und anti-orthodox gesinnten Gemeindevertretern kam.

Zusammen mit dem Kulturministerium riefen die katholische Bischofskonferenz und der Ökumenische Rat der Kirchen in der Slowakei ein „Jahr der christlichen Kultur 1999“ aus. In Ausstellungen, Veranstaltungen, Konzerten und Vorträgen sollen die Beziehungen zwischen slowakischer Kultur und Kunst und Christentum von der Zeit des Großmährischen Reiches bis heute den Menschen wieder nahegebracht werden.

*Josef Pumberger*

## Gefährdete Toleranz

### Indien und die Gewalt gegen seine christliche Minderheit

*Nur etwa drei Prozent der Inder sind Christen. Gleichzeitig sind aber die Kirchen durch Bildungs- und Sozialeinrichtungen vielfach präsent. Radikale Hindus sehen im Christentum eine „unindische“ Exportreligion mit unlauteren Bekehrungsmethoden. Diese Ideologie ist der Nährboden für die zahlreichen gewalttätigen Aktionen der letzten Monate gegen indische Christen.*

Meldungen aus Indien hatten in den letzten Monaten ein ständig wiederkehrendes Thema: „Gewalt gegen die Christen“. War es zuvor vornehmlich die muslimische Minderheit, die sich den Angriffen der hinduistischen Extremisten ausgesetzt sah, so sind es seit fast einem Jahr die Christen, die angegriffen und verfolgt werden. Die Ausschreitungen gegen Christen in Gujarat und Madhya Pradesh haben in dem einen Jahr, in dem die – kürzlich zurückgetretene – Regierung der BJP unter Ministerpräsident *Atal Bihari Vajpayee* an der Macht war, eine Zahl erreicht, die der Gesamtzahl solcher Vorfälle in den letzten fünfzig Jahren gleichkommt. Zwischen Januar 1998 und April 1999 ist es in Indien zu über 130 Gewalttaten gegen Christen gekommen, für die radikale Hindugruppen verantwortlich gemacht werden.

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch eine Koalition verschiedener kleiner Parteien unter der Führung der Nationalen Hindu-partei (*Bharatiya Janata Party*; abgekürzt: BJP) am 19. März 1998 sind die kommunalistischen Spannungen in verschiedenen Bundesstaaten der indischen Union stark angewachsen. Es ist allerdings nicht ganz klar, inwieweit diesen verstreuten Aktionen ein gemeinsamer Plan zugrunde liegt und die Angriffe zentral gesteuert werden, wie dies in einigen Medien immer wieder unterstellt wird. Dabei wird angenommen, daß die BJP und die mit ihr verbundenen Parteien und Gruppen aus dem hinduistischen Lager sich aus ihrer antichristlichen Haltung und dem Eintreten für ein von hinduistischen Vorstellungen bestimmten indischen Staat politische Vorteile versprechen.